

# KRISE DES ANTI-FASCHISMUS

## EMANZIPATORISCHE BEDÜRFNISSE UND ERFAHRUNGSHORIZONTE ZUM AUSGANGSPUNKT NEHMEN

■ HARRY WAIBEL

In Europa sind gegenwärtig über 100 neo-faschistische Terrorgruppen, Kampfbünde und Parteien aktiv – allein in Russland treiben etwa 30 Organisationen dieses Spektrums ihr Unwesen. Der Neo-Faschismus ist wieder zu einem Machtfaktor aufgerückt, der in zunehmendem Ausmaß auf die sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse Europas einwirkt. In Deutschland fehlte bislang ein neo-konservativer »Türöffner«, wie er sich mittlerweile in zahlreichen EU-Ländern – und dabei insbesondere in einigen Ländern der europäischen Kernzone – etabliert hat. Trotz des seit Jahren betriebenen Zusammenspiels der deutschen Geheimdienste mit der neo-nazistischen Szene ist deren politische Repräsentation, die NPD, öffentlich geächtet. Wird es bei dieser Konstellation bleiben, wenn sich, wie in den Nachbarstaaten geschehen, ein starker neo-konservativer Transmissionsriemen etabliert hat? Es wird sich zeigen inwieweit die im Frühjahr 2013 gegründete »Alternative für Deutschland« (AfD) diese Rolle übernehmen wird. Bislang repräsentiert die AfD den marktradikalen anti-europäischen Flügel der deutschen Krisengewinnler in den mittleren Familienunternehmen, den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und in einigen Medienkonzernen. Bei den Bundestagswahlen vom 22. September 2013 erhielt die AfD vor allem Zulauf vonseiten der abgehalfterten Neo-Liberalen (FDP) und von ca. 340.000 ost-deutschen Protestwählern. Diese soziale Zusammensetzung kann sich durchaus noch ändern und vollends auf die von den etablierten Neo-Liberalen und den Grünen enttäuschten akademisch qualifizierten Funktionseliten sowie auf weitere Protestwählerschichten ausgreifen, die über den neo-liberalen Anpassungskurs der in einigen ost-deutschen Bundesländern mitregierenden »Linkspartei« frustriert sind. Das wäre dann in der Tat eine soziale Konstellation, die den Stoff abgibt für eine offen auftretende deutsch-nationale Partei.

Die institutionelle Linke hat den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Überlebensinteressen der unteren Klassen und Schichten den Rücken gekehrt. Sie hat dafür – wenn auch teilweise mit erheblicher Verzögerung – auf der politischen Ebene die ihr gebührende politische Quittung erhalten. Das Dilemma ist dabei jedoch, dass die nicht-institutionelle, außerhalb des parlamentarisch-politischen Systems agierende Linke bis jetzt zu schwach war, um dem selbstzerstörerischen Treiben der institutionellen Linken Einhalt zu gebieten und glaubwürdige Alternativen zu erarbeiten. Das wird ihr nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die unteren Klassen in der Regel die außerparlamentarische Linke mit den sozialdemokratischen Parteien und den durch diese kontrollierten Gewerkschaften gleichsetzen. Und das wiederum hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich immer größere Segmente der Unterklassen und unteren Mittelschichten dem Neo-Faschismus (und teilweise auch dem Neo-Konservatismus) zuwenden. Sicher spielen dabei auch autoritäre Dispositionen eine Rolle, insbesondere bei den vom sozialen Abstieg bedrohten Restkernen der großindustriellen Arbeiterklasse.

Diese Einschränkung kann uns aber nicht vor der bitteren Einsicht bewahren, dass wesentliche Teile der institutionellen Linken seit Jahrzehnten für den sozialen Absturz und die nachfolgende sozio-kulturelle Demoralisierung der Unterklassen wesentlich mitverantwortlich sind. Die daraus resultierende Orientierungslosigkeit hat dann immer größere Teile der sozial abgestürzten oder vom sozialen Abstieg bedrohten arbeitenden Klassen und Schichten dazu gebracht, sich mit dem Neo-Faschismus zu identifizieren.

### VERLEUGNENDES VERDRÄNGEN

Die Verbrechen der Gruppe »NSU« haben die verheerenden Konsequenzen des Verdrängens des Rassismus in den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen plötzlich offen gelegt. Das deutsche ideologische Syndrom aus Nationalismus und Rassismus bzw. Anti-Semitismus ist nach 1945 nicht verschwunden. Nicht nur Anti-Semitismus sondern auch Nationalismus und Rassismus durften öffentlich nicht stattfinden, wucherten aber sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene der Alltagskultur, wie auch in der Form eines institutionellen Rassismus fort. Dieses verleugnende Verdrängen bei staatlichen Behörden, Parteien und Medien hat Methode, es ist das fleischgewordene Bedürfnis, solche Themen und Ereignisse bis zur Unkenntlichmachung zu verdrängen. Auch anti-faschistische Individuen und Gruppen nehmen die Realität selektiv wahr, wenn es darum geht, Ursachen und Ausmaß der rassistischen Bedrohung zu rezipieren. Ein Beispiel dafür sind die unterschiedlichen Angaben zu den Opfern der rassistischen Angriffe: Während die Bundesregierung 63 Tote zählt, die seit 1990 durch rassistische Gewalt ums Leben kamen, zählt der Berliner »Tagesspiegel« 152 Tote. Meine Recherchen hingegen ergaben 250 Tote, die ich in meinem Buch »Rassisten in Deutschland« (2012) belegen konnte. Den Differenzen in den verschiedenen Angaben über die Anzahl der Toten liegt die unterschiedliche Wahrnehmung zu Grunde, was als politisch oder nicht politisch verstanden wird. In einer engen Definition der rassistischen Verbrechen tauchen Obdachlose, Arbeitslose, Homosexuelle oder Punks so gut wie nicht auf.

Gegenwärtig erleben wir verstärkt rassistische Propaganda- und Gewaltangriffe, die sich im Jahr 2012 auf über 17.000 rechte Propaganda- und Gewalttaten summieren. Auf Unterkünfte von Flüchtlingen fanden im Jahr 2013 insgesamt mindestens 67 Angriffe statt; ein Jahr zuvor waren es nur 24 Angriffe. Bis Anfang März 2014 haben bereits 20 Angriffe stattgefunden, davon waren 12 Brandanschläge. Zwischen 2008 und 2012 wurden mindestens 82 Angriffe auf Synagogen festgestellt. Das Zusammenspiel von rassistischen Äußerungen von führenden Politikern einerseits und der Zunahme von Gewalttaten von Rassisten andererseits war bereits Anfang der 1990er Jahre zu beobachten, als während des Streits um die Einengung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf politisches Asyl zwischen der SPD und





den Unionsparteien, die Pogrome gegen Flüchtlinge und Ausländer in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und in Solingen und Lübeck stattfanden.

Für das verleugnende Verdrängen sind drei Bereiche zu nennen: Wir erleben erstens eine Verharmlosung der rassistischen Gefahren bedingt sowohl durch die verfehlte Ent-Nazifizierung als auch die Tradierung rassistischer Bewertungen im Staatsapparat bzw. im Sicherheitsapparat (in beiden deutschen Staaten und darüber hinaus bis in die Gegenwart). Zweitens muss bei der Rassismusforschung konstatiert werden, dass es (in beiden deutschen Staaten) keine Institution gab oder gibt, die sowohl den historischen als auch den aktuellen Rassismus im Fokus ihrer Arbeit hatte. Drittens sind die Versäumnisse zu nennen, was die Kritik und Weiterentwicklung des linken Anti-Faschismus angeht, als einer Ideologie, die ohne relevanten Bezug zur Realität ist. Die mangelnde Wahrnehmung der rassistischen Erscheinungen, also die verleugnende Verharmlosung rassistischer Verbrechen durch bürgerliche und linke Kräfte, sowie eine gesellschaftspolitisch einflusslose und desorientierte Linke, sind Resultat der historischen Fehlentwicklung in Deutschland.

## DIE ZWEITE KRISE DES ANTI-FASCHISMUS

Mit Nachdruck weise ich daraufhin, dass bereits in den 1920er und 1930er Jahren der Anti-Faschismus in Europa so gut wie vollständig gescheitert ist. Die gegenwärtige Krise des Anti-Faschismus ist auch ein Ausdruck einer tiefgreifenden Marginalisierung der Linken insgesamt. Sie ist eine Folge des Versagens der institutionellen Linken, also der Sozialdemokratie, des Eurokommunismus und der Grünen, die eine Austeritätsökonomie betreiben, verbunden mit imperialistischer Großmachtpolitik, die sie gegen heftige Proteste verteidigen. Dadurch haben zwei Drittel der Bevölkerung der EU-Länder ihre politische Repräsentation verloren. Eine Folge davon ist eine zunehmende Desorientierung der Lohnabhängigen, die inzwischen bedenkliche Ausmaße erreicht hat, wenn in Europa überall wieder ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und dem Faschismus hergestellt wird. Für die außerparlamentarische Linke – sie ist es die, im Wesentlichen aktiv gegen Neo-Nazis und Rassisten kämpft – ist es wichtig geworden, einen Trennungsstrich zu ziehen zur institutionellen Linken. Auch um deutlich werden zu lassen, dass es emanzipatorische Alternativen zur bestehenden Ordnung gibt.

Seit 1990 haben in Deutschland, nach offiziellen Angaben der Sicherheitsbehörden, über 300.000 rassistische und nazistische Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden. Wie bei allen diesen Vorgängen haben die Anti-Faschisten kaum Einfluss nehmen können, um das mörderische Geschehen zu verhindern. Sie sind in verschiedene Gruppen und Strömungen zersplittert, es fehlt nicht nur eine schlagkräftige, gemeinsame Organisation, sondern auch an einer aussagekräftigen, die gesellschaftlichen Sphären durchdringende Programmatik, sowie

einer Taktik und Strategie umfassenden Theorie. Es gibt mehrere Publikationen (z.B. Antifa-Infoblatt, Antifa, Antifa Nachrichten, usw. usw.) verschiedener Gruppen, ganz abgesehen von den Anti-Rassisten, die sich seit 1988 von der anti-faschistischen Strömung distanzieren haben. Entscheidend ist es, selbstkritisch an die Probleme heranzugehen, denn um bei den Massen glaubwürdig zu sein, ist der Kampf gegen Rassismus und Nazismus strategisch umzumünzen in einen Kampf für eine emanzipierte Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung bereits im Keim erstickt werden kann. Die Ausgestaltung einer solchen befreiten Gesellschaft blieb bei der Fundamental-Opposition, und dazu zählt sich das Gros der Anti-Faschisten, bisher weitgehend unerörtert. Deshalb fanden auch emanzipatorische Bedürfnisse und Erfahrungshorizonte armer und prekär Arbeitender keinen Eingang in die intellektuellen Diskurse. Reform und Revolution sind keine sich gegenseitig ausschließenden Seiten des emanzipatorischen Handelns, denn im kollektiven Gedächtnis der Klasse der Lohnabhängigen bilden sie eine unzertrennliche Einheit. Die Strukturen einer nach-revolutionären Gesellschaft müssen präzise definiert werden, was soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und ein von jeglichen Herrschaftsbeziehungen befreites gesellschaftliches Leben ausmacht.

Eine Antwort auf den Rassismus ist ein kosmopolitisches Verständnis von Gesellschaft, das den nationalen Albtraum hinter sich lässt und die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt – unabhängig von Papieren und Status. Setzen wir unser Wissen, unsere Zusammenhänge und Ideen für ein politisches und soziales System ein, das wirklich Schluss macht mit dem Rassismus. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfen der Migration und kämpfen gleichzeitig für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Rassismus! Der Neo-Faschismus ist dabei, sich in Europa zu einem von erheblichen Teilen der Unterklassen mitgetragenen Phänomen der sozialen Regression und des neuerlichen Wegs in die Barbarei zu entwickeln. Sein politischer Hauptfeind ist und bleibt die Linke in allen ihren Schattierungen, obwohl sie durch ihren übermächtigen institutionellen Flügel bis zur Unkenntlichkeit deformiert ist. Wenn wir uns den damit einhergehenden Herausforderungen wirklich stellen wollen, dann müssen wir zu allererst mit einer radikalen Selbstkritik anfangen. ✘

### INFORMATIONEN ZUM TEXT

- ✘ *Dieser Text ist in großen Teilen durch die folgenden Publikationen angeregt worden:*
  - › Karl Heinz Roth/Zisis Papdimitriou: *Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa*, Hamburg 2013;
  - › Karl Heinz Roth: *Neofaschismus in Europa*, November 2013, [http://egalitarian-europe.com/wb/media/workin\\_papers/10.01.-2013.Neofasch.Aufs.korrigiert.12.12.13.a.pdf](http://egalitarian-europe.com/wb/media/workin_papers/10.01.-2013.Neofasch.Aufs.korrigiert.12.12.13.a.pdf);
  - › Harry Waibel: *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED – Rassismus in der DDR*, Frankfurt/M. 2014.